

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE: EU soll Flüchtlingskinder besser schützen.....	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	2
EU-Kommission legt Arbeitsprogramm für 2015 vor: Mutterschutzrichtlinie auf Streichliste	2
EU-Kommission bereitet Revision der Arbeitszeitrichtlinie vor	3
EU-Ministerrat: Beschluss zum Schutz der Kinderrechte.....	3
EU-Kommission: Hilfsprogramm zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge	3
EU-Arbeits- und Sozialministerrat: Keine Einigung zur Mutterschutzrichtlinie	3
EU-Bildungs- und Jugendministerrat: Teilhabe junger Menschen fördern	3
EU-Parlament: Intergroups gebildet	4
Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof	4
EuGH: Behörden dürfen bei Homosexualität als Asylgrund nachfragen – wenn sie die Menschenwürde wahren.....	4
EuGH: Familiäre Bindungen müssen bei Rückkehrentscheidung von Drittstaatsangehörigen berücksichtigt werden	4
EuGH: Keine Visumpflicht für Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers.....	5
Weitere Nachrichten	5
EU-Parlament weit von der Geschlechterparität entfernt	5
Institutionsübergreifender EU-Frauenausschuss gestartet	5
Neue Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln in Kraft getreten	6
Estland: Parlament verabschiedet Kinderschutzgesetz	6
Finnland: Parlament stellt gleichgeschlechtliche Paare im Eherecht gleich	6
Schweiz: Aktionsplan für pflegende Angehörige verabschiedet	6
Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen	6
UNICEF: 2014 war ein katastrophales Jahr für Kinder	7
Berichte und Studien.....	7
OECD-Bericht: Umverteilung und Investitionen in Familien nutzen dem Wirtschaftswachstum.....	7
Europäische Studie: Familien mit behinderten Kindern	8
Global Gender Gap Report: Lücke schließt sich nur langsam.....	8
FRA-Bericht: Leben als Transgender in der EU	8
Eurofound-Bericht: Zugang zur Gesundheitsversorgung in Krisenzeiten	8
Studie: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“.....	9
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9



Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE: EU soll Flüchtlingskinder besser schützen

Die COFACE hat den EU-Kommissar für Migration und Inneres in einem offenen Brief dazu aufgefordert, die Rechte von Flüchtlingskindern besser zu schützen – unabhängig vom Status ihrer Eltern und unabhängig davon, ob sie alleine oder mit ihren Eltern geflüchtet sind. Insgesamt 26 Organisationen haben den Brief unterzeichnet. Sie fordern, die bestehenden Rahmenbedingungen zum Schutz geflüchteter Kinder auszuweiten und ihrem Schutz oberste Priorität zu geben.

- [Offener Brief an den EU-Migrationskommissar](#)  

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission legt Arbeitsprogramm für 2015 vor: Mutterschutzrichtlinie auf Streichliste

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2014 ihr Arbeitsprogramm für 2015 vorgestellt. Mit dem Programm will die Juncker-Kommission Impulse für mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen geben. In diesem Zusammenhang hat die Kommission eine „Sreichliste“ für blockierte Gesetzesvorhaben vorgesehen: 80 Richtlinien- und Gesetzesvorschläge, die in den EU-Institutionen nicht voran kommen, sollen fallengelassen oder verändert werden – darunter die Revision der Mutterschutzrichtlinie, die das EU-Parlament im Oktober 2010 beschlossen hatte (siehe [Europa News November 2011](#)). Die Mitgliedstaaten konnten sich bislang nicht auf die vorgesehene Verlängerung des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen verständigen. Erzielen die EU-Staaten innerhalb der nächsten sechs Monate keine Einigung, soll es eine überarbeitete Neuvorlage geben.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum Arbeitsprogramm 2015](#)

EU-Kommission bereitet Revision der Arbeitszeitrichtlinie vor

Die EU-Kommission hat am 1. Dezember 2014 eine öffentliche Online-Konsultation zur Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie gestartet. Die Arbeitszeitrichtlinie legt die Mindeststandards für den Schutz und die Rechte der Arbeitnehmer/innen in den Mitgliedstaaten fest. 2009 war es dem Vermittlungsausschuss zwischen Rat und Parlament nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Nachdem auch die EU-Sozialpartner 2013 keine Einigung erreichen konnten, soll nun die Online-Konsultation das Vorhaben voranbringen. Eine Teilnahme an der rund 70 Fragen umfassenden Konsultation ist bis zum 15. März 2015 möglich.

- [Informationen und Links zur öffentlichen Konsultation](#) 

EU-Ministerrat: Beschluss zum Schutz der Kinderrechte

Der EU-Ministerrat hat am 4. Dezember 2014 einen Entwurf mit Schlussfolgerungen angenommen, die sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU-Kommission auffordern, die Rechte des Kindes voll anzuerkennen und wirksam umzusetzen. Das Dokument fordert eine neue EU-Maßnahme-Agenda für die Rechte des Kindes und zur Bekämpfung von Kinderarmut sowie sozialer Ausgrenzung. Vor dem Hintergrund der Strategie Europa 2020 ersucht das Dokument die Mitgliedstaaten, die Empfehlungen der EU-Kommission zur Investition in Kinder umzusetzen, die drei Zusatzprotokolle der UN-Kinderrechtskonvention zu unterzeichnen und die Kinderrechte in allen Strategien und Maßnahmen der EU zu verankern.

- [Schlussfolgerungen zum Schutz der Rechte des Kindes](#)  

EU-Kommission: Hilfsprogramm zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge

Die Europäische Kommission hat am 4. Dezember 2014 ein Hilfsprogramm in Höhe von 180 Millionen Euro zur langfristigen Unterstützung insbesondere junger syrischer Flüchtlinge verabschiedet. Das Programm sieht vor, gemeinsam mit der vom Kinderhilfswerk UNICEF gestarteten Initiative „Keine verlorene Generation“ Kindern und Jugendlichen eine Ausbildung für bessere Zukunftschancen zu ermöglichen. Mit der Hilfe will die EU zudem Flüchtlinge innerhalb Syriens und die zentralen Aufnahmeländer Libanon und Jordanien unterstützen.

EU-Arbeits- und Sozialministerrat: Keine Einigung zur Mutterschutzrichtlinie




Am 11. Dezember 2014 hat der Arbeits- und Sozialministerrat der EU ohne nennenswerte Ergebnisse getagt. Auf der Agenda standen unter anderem die Änderung der Mutterschutz-Richtlinie (siehe [Europa News November 2011](#)), eine allgemeine Ausrichtung zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in den Vorständen börsennotierter Unternehmen (Frauenquote) sowie die Gleichbehandlungsrichtlinie. In keinem dieser drei Punkte konnte der Sozialministerrat eine Einigung erzielen. Ebenfalls diskutiert wurden die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Jugendgarantie (siehe [Europa News September 2014](#)).

EU-Bildungs- und Jugendministerrat: Teilhabe junger Menschen fördern

Die Bildungs- und Jugendministerrat der EU hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2014 in der letzten Sitzung unter italienischer EU-Präsidentschaft zwei Papiere verabschiedet: Mit den Schlussfolgerungen zur „Förderung der Autonomie und Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft“ fordert der Rat die Mitgliedstaaten dazu auf, Hindernisse bei der Durchsetzung des Rechts auf Partizipation abzubauen und die

Teilhabe junger Menschen unter den Aspekten Ausbildung, Beschäftigung und Wohnen sowie die Beteiligung an sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten zu fördern.

In einem zweiten Dokument fordert der Rat die Mitgliedstaaten auf, das unternehmerische Denken junger Menschen zu fördern. Dieses soll unter Einbeziehung von Unternehmen im Bildungssektor stärker verankert werden. Zudem sprachen die Minister/innen über die Bedeutung von Bildung und Ausbildung zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in Europa.

- [Schlussfolgerungen zur Autonomie und Teilhabe junger Menschen](#) 
- [Schlussfolgerungen zum Unternehmertum in Bildung und Ausbildung](#)  

EU-Parlament: Intergroups gebildet

Die Konferenz der Präsidenten der Fraktionen im EU-Parlament hat am 11. Dezember 2014 die Liste der neuen und wiedergebildeten Intergroups bestätigt. Insgesamt waren 70 Initiativen zur Bildung von interfraktionellen Gruppen gestartet worden – die Fraktionen hatten 28 Gruppen ihre Zustimmung gegeben. Zu den Intergroups, die nun die Arbeit aufnehmen können, gehören: „Altern, intergenerationelle Solidarität und Familie“, „Kinderrechte“, „Anti-Rassismus und Vielfalt“, „Extreme Armut und Menschenrechte“, „Lesben-, Schwulen-, und Transgender-Rechte“, „Sozialwirtschaft“ und „Jugendthemen“. Die Intergroup zur Familienpolitik (siehe [Europa News Oktober 2014](#)) fand keine Zustimmung in der Abstimmung der Fraktionen.

Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof

EuGH: Behörden dürfen bei Homosexualität als Asylgrund nachfragen – wenn sie die Menschenwürde wahren

Asylbehörden dürfen die Aussagen von homosexuellen Asylsuchenden nicht allein deshalb als unglaubwürdig werten, weil sie ihre sexuelle Ausrichtung nicht sofort als Verfolgungsgrund genannt haben. Beantragen Homosexuelle Asyl in der EU, sind jedoch Nachfragen zur sexuellen Orientierung zulässig – so urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 2. Dezember 2014. Allerdings müssen Menschenwürde und Privatleben der Antragsteller/innen auch in der Überprüfung geschützt sein. Fragen zu Einzelheiten sexueller Praktiken, Tests oder Videoaufnahmen intimer Handlungen sind nicht zulässig. Die Hintergrund des Urteils war eine Klage von drei Männern, deren Asylanträge in den Niederlanden mit der Begründung abgewiesen wurden, die angegebene homosexuelle Identität sei unglaubhaft.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs \(EuGH\) zu Homosexualität als Asylgrund](#)

EuGH: Familiäre Bindungen müssen bei Rückkehrentscheidung von Drittstaatsangehörigen berücksichtigt werden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil vom 11. Dezember 2014 den Anspruch auf Anhörung von sich illegal aufhaltender Nicht-EU-Bürger/innen präzisiert. Die Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, Gründe vorzutragen, die es rechtfertigen können, dass von einer Entscheidung über die Ausweisung abgesehen wird. Die nationalen Behörden müssen unter anderem das Wohl des Kindes, die familiären Bindungen und den Gesundheitszustand der betreffenden Drittstaatsangehörigen berücksichtigen. Allerdings weist das Gericht darauf hin, dass es keinen Anspruch auf Anhörung gibt, wenn die betroffene Person „vernünftigerweise keinen Zweifel daran haben kann, welche Gesichtspunkte ihm entgegengehalten werden

könnten.“ Zudem entschied der EuGH, dass für den Anspruch auf rechtliches Gehör eine kurze Dauer der Anhörung nicht unbedingt relevant ist. Hintergrund war die Klage eines algerischen Staatsangehörigen in Frankreich, der bemängelt hatte, die Anhörung durch die Polizeibehörde sei zu kurz gewesen. Auch habe er nicht ausreichend Gelegenheit gehabt, die ihm entgegengehaltenen Punkte zu prüfen – die Behörde habe sie ihm nicht vorher mitgeteilt habe und ihm zu wenig Bedenkzeit gewährt.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs \(EuGH\) zum Anspruch auf Anhörung](#)

EuGH: Keine Visumpflicht für Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers

In einem Urteil vom 18. Dezember 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) die britische Visaregelung für Nicht-EU-Ausländer für nicht rechtskonform erklärt. Nicht-EU-Bürger/innen, deren Familienangehörige EU-Bürger/innen sind und die eine Aufenthaltsgenehmigung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat haben, müssen demnach kein Einreisevisum im Voraus vorlegen, wenn sie in den Mitgliedstaat des Angehörigen reisen. Der EuGH urteilte im Fall einer Kolumbianerin, deren Ehemann britischer Staatsbürger ist. Die Familie lebt gemeinsam in Spanien. Reist das Ehepaar nach Großbritannien, darf London aufgrund der EU-Regeln nicht auf ein Einreisevisum im Voraus bestehen.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs \(EuGH\) zur Visumsregelung](#)

Weitere Nachrichten

EU-Parlament weit von der Geschlechterparität entfernt

Frauen sind auf politischer Ebene weiterhin unterrepräsentiert – auch in den Institutionen der EU. Der Frauenanteil im Parlament ist bei der Europawahl 2014 um nur 1,25 Prozent auf nun 37 Prozent gestiegen. Auch die Kommission blieb hinter den Erwartungen zurück, neun von 28 EU-Kommissar/innen sind Frauen (siehe [Europa News September 2014](#)). Unter den Fraktionen liegen die Linken mit 51 Prozent weit vorn, Schlusslichter sind die beiden Rechtsaußenfraktionen mit je 21 Prozent. In dem im Dezember erschienenen Bericht „Die Europawahl, Chance für Frauen?“ rechnet die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) vor: Blicke es bei dieser Geschwindigkeit, müssten noch 52 Jahre vergehen, bis die Parität im EU-Parlament erreicht wäre.

- [„Die Europawahl, Chance für Frauen?“](#)


Institutionsübergreifender EU-Frauenausschuss gestartet

Das „Women in Parliaments Global Forum“ (WIP) und die italienische Rats-Präsidentschaft haben am 2. Dezember 2014 die erste parteiübergreifende und interinstitutionelle Plattform für weibliche Führungskräfte innerhalb der EU-Institutionen ins Leben gerufen. Dieser „EU- Caucus“ soll Frauen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission, dem Rat der EU aus den Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten und die Generaldirektorinnen aus den EU-Institutionen zusammenbringen. Ziel ist es, das unausgewogene Geschlechterverhältnis in der EU anzugehen.

- [Website des Women in Parliaments Global Forum](#) 

Neue Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln in Kraft getreten

Am 13. Dezember 2014 ist die bereits 2011 von den EU-Staaten und dem EU-Parlament beschlossene Lebensmittelinformationsverordnung in Kraft getreten. Die neuen Vorgaben zur Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen den europäischen Verbraucher/innen klare und gut verständliche Informationen über Inhalte und Herkunft von Lebensmitteln bieten – sowohl im Supermarkt, als auch im Restaurant.

- [Pressemitteilung mit näheren Informationen zur Lebensmittelverordnung](#)
- [Der Gesamttext der neuen Lebensmittelverordnung](#) 

Estland: Parlament verabschiedet Kinderschutzgesetz

Estland verbietet die körperliche Bestrafung von Kindern. Das estnische Parlament hat Ende November ein Kinderschutzgesetz verabschiedet, das jegliche Form körperlicher Gewalt zur Bestrafung von Kindern verbietet. Kurz zuvor, anlässlich des 25-jährigen Bestehens der UN-Kinderrechtskonvention (siehe [Europa News November 2014](#)), hatte das EU-Parlament eine Resolution zu den Rechten des Kindes angenommen, in der die Abgeordneten die Mitgliedstaaten auffordern, Gewalt gegen Kinder zu sanktionieren. Weltweit haben inzwischen 43 Staaten die körperliche Bestrafung von Kindern verboten.

- [Website der Initiative „End All Corporal Punishment of Children“](#) 

Finnland: Parlament stellt gleichgeschlechtliche Paare im Eherecht gleich

Das finnische Parlament hat am 28. November 2014 und am 12. Dezember 2014 dafür gestimmt, die Ehe für homosexuelle Paare zu öffnen. Seit 2002 gibt es in Finnland eingetragene Lebenspartnerschaften mit eingeschränkten Rechten. Mit der vom Parlament beschlossenen Öffnung der Ehe sind gleichgeschlechtliche Ehepartner/innen mit heterosexuellen Ehepaaren vollständig gleichgestellt und erhalten das Adoptionsrecht. Da der Rechtsausschuss das Gesetz zuvor mit neun zu acht Stimmen abgelehnt hatte, ging der Gesetzesvorschlag zunächst an ein „Grand Committee“ und nach dessen positiver Entscheidung erneut an das Plenum. Der Gesetzesvorschlag beruhte auf einer Bürgerinitiative, die von ca. 170.000 Personen unterschrieben wurde. Umfragen zufolge sprach sich die Mehrheit der finnischen Bevölkerung sowohl für die Öffnung die Ehe als auch für das Adoptionsrecht aus. Da zunächst alle die Ehe betreffenden Gesetze in den Ausschüssen geändert werden müssen, tritt das Gesetz erst am 1. März 2017 in Kraft.

Schweiz: Aktionsplan für pflegende Angehörige verabschiedet

Der Bundesrat der Schweiz will die Rahmenbedingungen für betreuende und pflegende Angehörige verbessern. Als Teil der gesundheitspolitischen Prioritäten „Gesundheit2020“ hat der Rat deshalb einen „Aktionsplan zur Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen“ verabschiedet. Ziel des Plans ist es, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern. Pflegende Angehörige sollen mit besseren Informationen und durch den Ausbau von Entlastungsangeboten, wie die Unterstützung durch Freiwillige oder Ferienbetten in Alters- und Pflegeheimen gezielt unterstützt werden. In der Schweiz übernehmen rund 330.000 Personen im Erwerbsalter regelmäßig Pflege- und Betreuungsaufgaben – Expert/innen prognostizieren eine starke Zunahme in den kommenden Jahren.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 1992 den 3. Dezember zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung erklärt. Unter dem Motto „Nachhaltige Entwicklung: das Versprechen der

Technologie" haben die Vereinten Nationen in diesem Jahr gefordert, behinderten Menschen den Zugang zu neuen Technologien zu ermöglichen – und damit bessere Chancen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben und die Berufstätigkeit zu schaffen.

Laut aktueller Zahlen des statistischen Amtes der EU (Eurostat) vom 2. Dezember 2014 hatten im Jahr 2011 in der EU weniger als die Hälfte der Menschen mit Behinderung im arbeitsfähigen Alter ein Beschäftigungsverhältnis (47,3 Prozent). Etwa ein Drittel war im Jahr 2013 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die höchsten Beschäftigungsraten für Menschen mit Behinderungen verzeichneten Schweden (66,2 Prozent), Luxemburg (62,5 Prozent) und Finnland (60,8 Prozent). Die Beschäftigungsquote in Deutschland liegt bei 51,5 Prozent – gegenüber 72,1 Prozent bei Menschen ohne Behinderung.

Angesichts dieser Zahlen hat das European Disability Forum (EDF) am 2. und 3. Dezember 2014 gemeinsam mit der EU-Kommission zu einer Konferenz unter dem Titel „Building together a barrier-free Europe“ eingeladen. Behinderte Menschen und ihre Interessensvertretungen diskutierten mit EU-Politiker/innen, Dienstleistern, Think Tanks, Gewerkschaften und Arbeitgeber/innen über einen besseren Zugang behinderter Menschen zum Arbeitsmarkt.

Die EU-Kommission gab anlässlich des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderungen bekannt, dass die schwedische Stadt Borås den Access City Award 2015 erhält. Mit der Auszeichnung würdigt die EU das umfassende strategische Konzept zur Schaffung einer barrierefreien Stadt.

- [Pressemitteilung von Eurostat](#)
- [Bericht über die Konferenz von EDF und EU-Kommission](#) 

UNICEF: 2014 war ein katastrophales Jahr für Kinder

Laut Aussagen von UNICEF war das Jahr 2014 aus Kinderperspektive ein katastrophales Jahr. Noch nie in der jüngeren Vergangenheit seien so viele Kinder solcher Brutalität ausgesetzt gewesen. Die Organisation schätzt, dass rund 230 Millionen Kinder in Ländern und Regionen mit bewaffneten Konflikten leben. Sie seien aus den Klassenzimmern oder auf dem Schulweg entführt, zwangsrekrutiert oder von bewaffneten Gruppen als Helfer missbraucht worden. Die Zahl der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser habe an vielen Orten deutlich zugenommen. Mehr als 7,3 Millionen Kinder aus Syrien seien vom Bürgerkrieg in ihrem Heimatland betroffen, unter ihnen 1,7 Millionen Flüchtlingskinder.

- [Pressemitteilung von UNICEF](#)

Berichte und Studien

OECD-Bericht: Umverteilung und Investitionen in Familien nutzen dem Wirtschaftswachstum

Laut eines Berichts der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vom 9. Dezember 2014 nehmen die Einkommensunterschiede in den meisten Ländern weiterhin zu – und sind damit auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren. Die OECD stellt in dem Bericht fest, dass die steigende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum bremst. Um dem entgegenzuwirken, müsse der Kampf gegen Ungleichheit in das Zentrum der politischen Debatte rücken, so die Expert/innen. Umverteilung mittels Steuern und Transfers sei nicht wachstumsschädlich, solange entsprechende Maßnahmen zielgenau angewandt werden. Besonders wirksam seien Maßnahmen, die sich vor allem auf Familien mit Kindern sowie auf junge Menschen konzentrieren und deren Chancen verbessern.

- [Zusammenfassung des Berichts](#)  

Europäische Studie: Familien mit behinderten Kindern

Das europäische Netzwerk Families and Societies hat am 1. Dezember 2014 eine Studie herausgegeben, die die Situation von Familien mit einem behinderten Kind in verschiedenen europäischen Ländern untersucht. Im Fokus der Studie stehen die Aspekte Partnerschaft, Anzahl der Geschwister, Geschlechterrollen, ökonomische Bedingungen, gesundheitliche und psychische Situation der Familienmitglieder sowie die soziale Einbindung/Diskriminierungserfahrung.

- [Families with disabled children in different European countries](#)  

Global Gender Gap Report: Lücke schließt sich nur langsam

Frauen und Männer sind in keinem Land der Welt gleichgestellt – das zeigt der kürzlich erschienene „Global Gender Gap Report“ des Weltwirtschaftsforums (WEF). Weltweit liegt das geschlechtsspezifische Gefälle laut dem Report bei sechzig Prozent – eine Verbesserung von vier Prozent seit 2006. Unter den Spitzenreitern des WEF-Rankings liegen die nordeuropäischen Länder Island (1), Finnland (2), Norwegen (3) und Schweden (4). Insgesamt fallen die Geschlechter-Unterschiede bei Gesundheit und Lebenserwartung am geringsten aus. Bei wirtschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sind dagegen kaum Fortschritte auszumachen.

Länder aus Europa und Zentralasien haben insgesamt 12 der 20 Spitzenpositionen der Rangliste inne. Deutschland hat sich im Bereich Chancengleichheit in Politik, Wirtschaft, Bildung und Gesundheit um zwei Plätze auf Platz 12 verbessert. Bei der Lohnleichheit liegt Deutschland auf Platz 80.

- [Website des WEF mit dem Report zum Herunterladen](#) 
- [Zusammenfassung der Ergebnisse auf deutsch](#) 

FRA-Bericht: Leben als Transgender in der EU

Die europäische Agentur für Menschenrechte (FRA) hat einen Bericht herausgegeben, der sich mit der Lebensrealität von Transgender-Personen befasst. Menschen, deren Geschlechtsidentität sich vom zugewiesenen Geschlecht unterscheidet, erleben in der gesamten EU häufig Diskriminierung, Belästigung und Gewalt. Diese Realität löst Ängste aus, die dazu führen, dass sich viele Transgender-Personen verstecken oder tarnen – so die Ergebnisse, die die Agentur am 9. Dezember 2014 dem EU-Parlament vorgestellt hat. Im Bericht sind Daten über die Erfahrungen von 6.579 Befragten aus der EU erfasst.

- [Being Trans in the EU – Comparative analysis of the EU LGBT survey data](#)  

Eurofound-Bericht: Zugang zur Gesundheitsversorgung in Krisenzeiten

In einer aktuellen Studie der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) stellen Expert/innen fest, dass sich der Zugang zur Gesundheitsversorgung in Folge der Wirtschaftskrise verschlechtert hat. Viele europäische Regierungen haben ihre Ausgaben für Gesundheitsversorgung gekürzt. Steigende Arbeitslosigkeit, finanzielle Belastungen und eine geringere Prävention erschweren den Zugang zur Gesundheitsversorgung für viele Menschen in der gesamten EU – insbesondere junge Menschen sind davon betroffen.

- [Eurofound-Bericht zur Gesundheitsversorgung](#)  

Studie: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“

Laut einer aktuellen Erhebung des schweizerischen Bundesamtes für Statistik (BFS) übernehmen in der Schweiz 35 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren regelmäßig Betreuungsaufgaben für Kinder oder Erwachsene. Das entspricht 1,9 Millionen Personen. Die große Mehrheit dieser Personen ist erwerbstätig. Beinahe ein Fünftel der Personen mit Betreuungsaufgaben geben an, dass diese Aufgaben sie bei der Ausübung einer Berufstätigkeit einschränken.

- [Website des BFS mit Link zur Studie](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Working Group on the Quality of Childhood at The European Parliament (QOC): [„The effect of the Great Recession on Southern European Children. Adaptation and Well-being: Risks and Resilience Processes. What is necessary at this moment?“](#) (06. Januar 2015, Brüssel)
- Public Policy Exchange: [„Free from Fear, Free from Pain: Eliminating Female Genital Mutilation in Europe“](#) (20. Januar 2015, Brüssel)
- Christian Political Foundation for Europe (CPFE): [„Towards a European Family Strategy“](#) (24. Februar 2015, Brüssel)
- European Union of Supported Employment (EUSE): [„12th European Conference“](#) (27. bis 29. Mai 2015, Lissabon)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): [„Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz \(Wechselmodell\)“](#) (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).